

Leben nach Migration - Newsletter Nr. 3 | 2014

Wem gehört die Stadt? Und wer hat ein Recht auf Stadt? Haben alle ein Recht auf Stadt?

Diesen Fragen gehen wir in diesem Newsletter nach und thematisieren unterschiedliche stadtpolitische Fragen wie Verdrängung, Wohnungslosigkeit und Zwangsräumung aus der Perspektive der Migration. In verschiedenen Bezirken und in verschiedenen Communities wird auf vielfältige Weise gegen den Verkauf der Stadt Widerstand geleistet, denen wir in diesem Newsletter Raum geben wollen. Auf bedrückende Weise zeigt sich, dass die Probleme sich strukturell ähneln: geringe finanzielle Ausstattung und viel ehrenamtliches Engagement, wenig Einflussmöglichkeiten aufgrund verweigerter Wahlmöglichkeiten, verklausulierter Planungsprozesse und sprachlicher Verhinderungen. Desto beeindruckender sind daher die Berichte und Zeugnisse von engagierten Personen und Initiativen, die sich für eine gerechte Stadt und ein lebenswertes Berlin einsetzen.

Es sei allen an dieser Stelle gedankt, die ihre Gedanken und ihr Wissen für diesen Newsletter mit uns geteilt haben – und wir freuen uns sehr, dass wir mit diesem Newsletter die vielfältigen Initiativen darstellen dürfen, die sich für eine gemeinsame Stadt einsetzen - denn ‚Kein Wir ohne Uns!‘

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.

Oranienstraße 34 • 10999 Berlin

presse@MRBB.de • 030/616 58 755

Redaktion: Angelina Weinbender, Cemile Karaman & Noa Ha (V.i.S.d.P)

«Leben nach Migration» erscheint sechs Mal im Jahr und dient den Mitgliedsorganisationen des MRBB und der interessierten Öffentlichkeit als Debatten- und Informationsmedium.

Die Artikel geben die Meinung der Autor_innen wieder und müssen nicht den Positionen des MRBB entsprechen. Sie können mit der Quellenangabe «Leben nach Migration – Newsletter des Migrationsrats, Ausgabe 2|2014» vervielfältigt und weiterverwendet werden.

Artikel können unverlangt eingesandt werden. Es entsteht dadurch kein Anspruch auf Abdruck.

«Leben nach Migration» wird gefördert durch die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration.

I	N	H	A	L	T
Cemile Karaman					Seite 3
Der Bau eines Luxusviertels am Mauerpark und die Folgen für die Bewohner_innen im Brunnenviertel					
Bündnis Wahlrecht für Alle					Seite 6
Fast jeder 6. Berliner ist vom Wahlrecht ausgeschlossen					
Interview mit Diana Botescu und Julia Blaga, Amoro Foro e.V.					Seite 7
Weiterhin keine Wohnheime für Familien					
Interview mit Neriman Kurt					Seite 9
Was wir jetzt erleben ist eine stetige Homogenisierung der Anwohner_innen mit gleichzeitiger Verdrängung aller, die nicht ins Bild passen.					
Allmende e.V.					Seite 14
ALLMENDE BLEIBT! WIR LASSEN UNS NICHT VERDRÄNGEN!					
Astrid Geiermann					Seite 15
Stadt neu denken – Not a single story!					
Noa Ha					Seite 17
Zur Aktualität von ‚Städtischem Orientalismus‘: Zur Zulässigkeit von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt					
Bündnis Zwangsräumung verhindern					Seite 19
Zwangsräumungen verhindern					
Pressemitteilung der Opferperspektive					Seite 21
Diskriminierende »Wohnfähigkeitsprüfung« von Flüchtlingen durch die Stadt Potsdam vorerst ausgesetzt					
Pressemitteilung des MRBB					Seite 22
An die politischen Entscheidungsträger_innen: Sofortige Beendigung des Räumungsvorhabens!					

Der Bau eines Luxusviertels am Mauerpark und die Folgen für die Bewohner_innen im Brunnenviertel

Cemile Karaman

Die Kämpfe um bezahlbare Wohnungen und öffentliche Räume haben sich seit der Eurokrise in allen innerstädtischen Stadtteilen verschärft. Schwarze Menschen, People of Color, Geflüchtete sowie Menschen in einer schwierigen finanziellen Lage sind von Verdrängung besonders betroffen. In den letzten Jahren haben sich berlinweit etliche Wohnungs- und stadtpolitische Initiativen von Bürger_innen, unterschiedlicher Organisationen und Gruppen zusammengefunden und untereinander vernetzt. Gemeinsam protestieren sie gegen die Politik der sozialen und rassistischen Ausgrenzung in Berlin und kämpfen für eine soziale und solidarische Stadt.

Inzwischen steigen auch die Mieten in Weddinger Stadtteilen. Selbst das Quartiersmanagement Brunnenstraße/Brunnenviertel sieht die soziokulturelle Vielfalt und die bereits aufgebauten nachbarschaftlichen Strukturen gefährdet und fordert politische Maßnahmen, die der Verdrängung von Einkommensschwächeren entgegenwirkt und somit den Zielen einer Sozialen Stadt, im Sinne einer sozial gerechten Stadtgesellschaft und –entwicklung gerecht wird.

Wie aus der nachfolgenden Übersicht zur Entwicklung der Kaltmiete zu entnehmen ist, sind die Mieten im Zeitraum von 2009 bis 2012 auch im Brunnenviertel/Humboldthain um etwa 30 % gestiegen (vgl. Hensel 2014: <http://www.brunnenviertel-brunnenstrasse.de/Mietenentwicklung.227.98.html>):

Bewohner_innen im Brunnenviertel einen Migrationsbezug, 35,1% von ihnen sind deutsche Staatsangehörige (vgl. ebd.: <http://www.brunnenviertel-brunnenstrasse.de/Das-Quartier.17.98.html>).

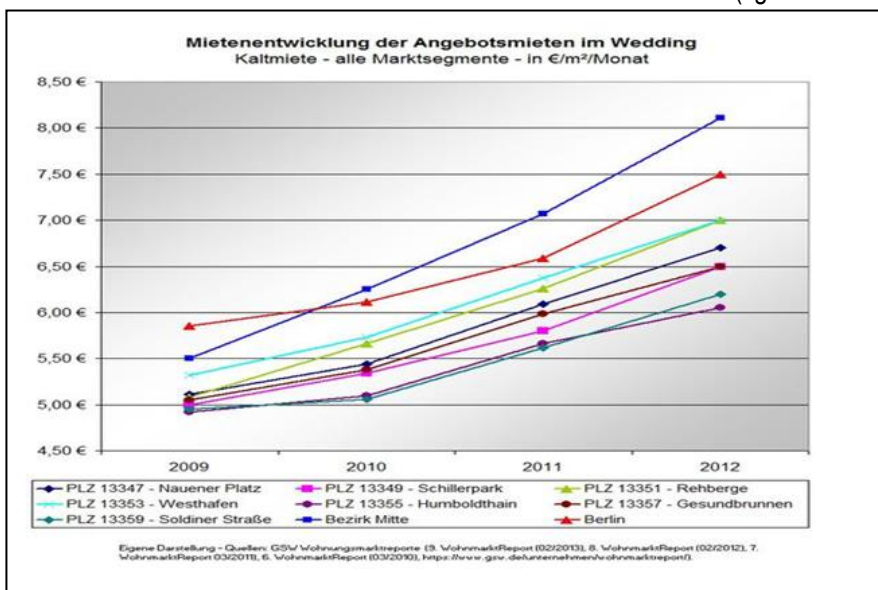
Doch welche politischen Maßnahmen gegen steigende Mieten und Verdrängung von Einkommensschwächeren werden im Brunnenviertel in Betracht gezogen?

Im Brunnenviertel sind hauptsächlich Wohnhäuser der städtebaulichen Wohnungsbaugesellschaften insbesondere der Degewo AG. Im Kiez wird die Miethöhe auch über das Mietenbündnis geregelt. Das Mietenbündnis bestehend aus der Degewo AG und fünf weiteren städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die sich unter anderem dazu verpflichtet haben, die Mieterhöhungsmöglichkeiten nicht voll auszuschöpfen (vgl. Schnell 2014: <http://www.brunnenviertel-ackerstrasse.de/node/483>).

Ferner veröffentlichte der Berliner Senat im Februar das Mietenkonzept bis 2017. Die planmäßigen Mieterhöhungen der Sozialmieten zum 1. April dürfen 5,50 €/qm nicht überschreiten. Die mit 5 Mio. geförderte Regelung ist bis 2017 gültig (vgl. ebd.). Zugleich erweckt der Berliner Senat in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass Neubauten die einzige Lösung gegen Wohnungsnot, steigende Mieten und Verdrängung bilden. Auch im Brunnenviertel sind Neubauten geplant. Aus der Perspektive steigender Mieten heraus, lohnt es sich im Brunnenviertel insbesondere zwei

geplante Bauvorhaben genauer zu beleuchten.

Die Degewo AG hat nach 13 Jahren für den Neubau von Sozialbauwohnungen Fördermittel beantragt. In der Graunstraße 13, genau gegenüber dem zukünftigen



Insgesamt leben im Brunnenviertel 12.770 Einwohner_innen, davon sind 42,31 % auf Transferleistungen angewiesen und 9,58% arbeitssuchend gemeldet, mehr als doppelt so viele wie im Berliner Durchschnitt. Des Weiteren haben 65,3% der

Luxusviertel, entstehen 104 neue Wohnungen. Allerdings wurden lediglich 34 Einzimmerwohnungen als so genannte Sozialbauwohnungen zu einer Durchschnittsmiete von 6,50 €/qm nettokalt bewilligt (vgl. Ackermann 2014: http://www.degewo.de/content/de/Unternehmen/4-3-Presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen_2014/Foerdermittel). Diese Einzimmerwohnungen sind jedoch für Familien, und vor allem für Leistungsbezieher_innen weder geeignet noch bezahlbar. Unbeantwortet bleibt auch inwiefern die 34 geförderten Einraumwohnungen von durchschnittlich 6,50 €/qm nettokalt mit der Regelung des Mietenkonzpts 2017 verträglich sind.

Des Weiteren wurde das Areal nördlich des Mauerparks, im gültigen Flächennutzungsplan als öffentliche Grünfläche vorgesehen, günstig an den Investor Klaus Groth verkauft. Trotz massiven Widerstand von Anwohner_innen und Bürger_inneninitiativen hat das Land Berlin und der Bezirk Mitte mit dem Grundstückseigentümer einen nicht-öffentlichen städtebaulichen Vertrag abgeschlossen. Und die vertraglichen Regelungen liegen zu Gunsten von Klaus Groth. Sollte sich der Bürger_innenwille gegen das Bauvorhaben durchsetzen, verpflichtet sich der Senat zu Ausgleichszahlungen an Groth in Millionenhöhe!

Geplant sind etwa 520 Wohnungen zwischen Ramler- und Graunstraße (Brunnenviertel) sowie Gleimtunnel und Schwedterstraße (Gleimviertel). Allerdings besteht die massive Bebauung überwiegend aus Eigentums- und einigen hochpreisigen Mietwohnungen entlang der S-Bahngleise! Darüber hinaus soll die Zufahrt zur Großbaustelle voraussichtlich drei bis fünf Jahre über das Brunnenviertel gewährleistet werden. Die Einfahrt zum Luxusviertel wird über die Gleimoase gehen. Alleine für diese Einfahrt zahlen die Steuerzahler_innen rund 600.000 €.

Wie das Mietenkonzpt 2017 und die Planung von hochpreisigen Neu- und Luxusbauten den steigenden Mieten und der Verdrängung von Einkommensschwächeren entgegenwirken sollen, bleibt damit völlig unklar.

Die intransparenten und zwiespältigen Entscheidungen des Berliner Senats, des Bezirks Mitte, aber auch der städtischen Wohnungsbaugesellschaften werfen mehr Fragen auf, als sie Antworten geben:

Der Berliner Senat gibt sowohl bis zu 7 Mio.€ zur Dämpfung der Mieten als auch weitere 7 Mio. für den Bau eines Luxusviertel aus, das zu steigenden Mieten

und schließlich zur Verdrängung von Einkommensschwachen führen wird. Fest steht, dass diese widersprüchlichen Ausgaben auf Kosten der Steuerzahler_innen mit dem politischen Ziel einer sozial gerechteren Stadt unvereinbar sind.

Inzwischen sind die Proteste der Anwohner_innen gegen das Bauvorhaben am nördlichen Areal des Mauerparks mit der Gründung der Mauerpark-Allianz lautstark geworden. Die Mauerpark-Allianz ist ein breites Bündnis von Bürger_innen, Initiativen, Vereinen und Parteien aus dem Wedding und dem Prenzlauer Berg. Gemeinsam setzen sie sich für 100 % Mauerpark ein:

- für den Erhalt von bezahlbaren Mieten insbesondere für Einkommensschwächere
- für den Erhalt der beiden Viertel in ihrer jetzigen soziokulturellen Vielfalt
- für die Erweiterung vom Mauerpark als Freiraum in einem der dichtbesiedeltesten Kieze Berlins und als historisch bedeutsamer Ort, der aus aller Welt besucht wird.

Der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld und das Bürger_innenbegehren der Gartenkolonie Oeynhausen-Nord am 25. Mai 2014 zeigen auf, dass die Berliner_innen selbst über ihre Stadt mitentscheiden und die Stadtentwicklung nicht den Investor_innen für profitable Bebauungspläne überlassen wollen.

Auch zum Bauvorhaben am nördlichen Areal des Mauerparks können sich Bürger_innen äußern. Der in der Verwaltung abgestimmte Bebauungsplan wird mit der Begründung für vier Wochen voraussichtlich im September 2014 öffentlich ausgelegt. Der Ort der öffentlichen Auslegung wird mindestens eine Woche vorher ortsüblich im Amtsblatt, in den Tageszeitungen sowie im Internet bekannt gegeben. Während der öffentlichen Auslegung können alle Bürger_innen ihre Einwände gegenüber den Plänen einbringen. Die Verwaltung wertet die Einwendungen aus und legt sie der Verordnetenversammlung des Bezirks Mitte zur Entscheidung vor, die dann die öffentlichen und privaten Interessen gegeneinander und untereinander abwägt und schließlich entscheidet, ob das Bauvorhaben befürwortet oder abgelehnt wird.

Im Unterschied zum Volksentscheid Tempelhofer Feld und zum Bürger_innenbegehren der Gartenkolonie Oeynhausen-Nord, haben alle das Recht unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Wohnortes ihren

schriftlichen Einspruch gegen den Bebauungsplan vorzubringen.

Allerdings stellen die komplexen Inhalte und rechtlichen Abläufe selbst Expert_innen und Erfahrene vor hohe Herausforderungen. Während im Gleimviertel eher das Bildungsbürgertum ohne Migrationsbezüge lebt, ist die Bevölkerung im Brunnenviertel migrantisch geprägt. Die wenigsten von ihnen wissen, dass alle das Recht haben sich zum Bebauungsplan äußern zu können. Außerdem stellt das Verfassen eines Einwands in deutscher Sprache für manche Betroffene im Brunnenviertel eine schwer überwindbare Hürde dar. Viele von ihnen bleiben ohne Unterstützung von der politischen Partizipation ausgeschlossen und können somit ihr Recht nicht wahrnehmen. Wenn davon auszugehen ist, dass die meisten Betroffenen im Brunnenviertel ihren Einwand schriftlich in deutscher Sprache nicht ohne Unterstützung einbringen können, stellt sich die Frage welches Verständnis die Verwaltung von Bürger_innenbeteiligung hat und welche Bürger_innen sie meint. Inwieweit geht sie auf die Heterogenität ihrer Bürger_innen, insbesondere im Brunnenviertel, ein?

Werden die Bebauungspläne und die Begründung für alle verständlich und in mehreren Sprachen zugänglich sein? Da eine Veröffentlichung in mehreren Sprachen derzeit nicht vorgesehen ist, ist die Solidarisierung unter den stadt- und wohnpolitischen Initiativen mit Migrant_innen-selbstorganisationen entscheidend.

Zusammen können wir zur Mobilisierung von Betroffenen beitragen und sie bei Bedarf beim Formulieren ihrer Einwände unterstützen.

Zusammen können wir erreichen, dass alle, unabhängig ihres Einkommens, ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Wohnortes ihre Rechte auf ihre Stadt wahrnehmen können und schließlich von politischen Entscheidungen, die ihr Leben und Wohnen betreffen nicht ausgeschlossen werden.

Kein Wir ohne uns!

Cemile Karaman arbeitet in der Geschäfts- und Beratungsstelle des Migrationsrats Berlin-Brandenburg und ist aktiv in der seit 2013 aktiven Mauerpark-Allianz.
www.mauerpark-allianz.de



Fast jeder 6. Berliner ist vom Wahlrecht ausgeschlossen!

Bündnis Wahlrecht für Alle

Berlin ist bunt - über 180 Nationalitäten leben und arbeiten hier. Auch wenn sie Steuern zahlen, politisch mitbestimmen dürfen sie nicht. Dies gilt auch für Volksentscheide, wie den über das Tempelhofer Feld am 25. Mai 2014.

Allein in Tempelhof, Kreuzberg und Neukölln gilt dies für über 160.000 Berliner_innen, obwohl sie vom Ergebnis des Volksentscheids direkt betroffen sind. Für Menschen, die fest in Berlin verwurzelt sind und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen, ist dies unverständlich.

Viele wünschen sich mehr politische Teilhabe, wie z.B. Frau Masah, die am Otto-Suhr Institut der FU arbeitet:

"Ich lebe seit 31 Jahren in Berlin und gehe seit 4 Jahren jedes Wochenende mit meiner Familie auf dem Tempelhofer Feld spazieren und meine Blumen gießen. Nur weil ich keine deutsche Staatsbürgerin bin, darf ich nicht mitwählen! Was ist das für eine Demokratie?!"

Das Interesse an politischen Themen ist groß. Rund 10.000 Berliner_innen ohne deutschen Pass haben für das Volksbegehren Tempelhofer Feld unterschrieben - umsonst: ihre Stimmen wurden nicht gezählt. Insgesamt sind 487.000 Berliner_innen betroffen.

Bündnis Wahlrecht für Alle

Das Bündnis "Wahlrecht für Alle" besteht aus mehr als 30 zivilgesellschaftlichen Organisationen und zahlreichen Aktivist_innen und Betroffenen.

Das Berliner Bündnis "Wahlrecht für Alle" fordert die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts sowie des Abstimmungsrechts erstmalig auf kommunaler Ebene und auf Landesebene für alle Bewohner_innen Berlins. Das Wahlrecht ist ein zentrales Instrument der Einflussnahme auf die Politik und somit die Gestaltung unserer Lebensverhältnisse. Bewohner_innen, die nicht

die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, wird dieses Grundrecht jedoch nur teilweise gewährt bzw. komplett vorenthalten. Das Demokratieprinzip besagt, dass alle Bewohner_innen, die von Entscheidungen betroffen sind, auch an der Entscheidungsfindung teilhaben sollen. Deutsche Staatsbürger_innen und Menschen ohne deutschen Pass besitzen identische Pflichten und sollten daher auch identische Rechte gewährt bekommen.

Mit zahlreichen Aktionen auch rund um den Volksentscheid „Tempelhofer Feld“, einer Fotokampagne „Wahlrecht für Alle, weil...“, aber auch weiteren geplanten Aktionen wie einer Wanderausstellung mit einer Diskussionsreihe und einer Informationsveranstaltung über die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten betreffend dem Bauvorhaben im Mauerpark will das Bündnis die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisieren und mobilisieren. Der Fokus liegt erstmalig auf der Schaffung einer breiten Basis von Befürworter_innen und Mitstreiter_innen in der Gesellschaft. Unabhängig davon, ob sie betroffen oder nicht betroffen sind. Demokratie braucht Solidarität.

Nähere Infos zum Bündnis und zur Arbeit finden Sie unter:

<http://wahlrechtfueralle.cc/>



Weiterhin keine Wohnheime für Familien

Interview mit Diana Botescu und Iulia Blaga

Januar 2013 wurde in unserem Newsletter ‚Leben nach Migration‘ die Pressemitteilung „Wohnungslose Familien müssen draußen schlafen“ von Amaro Foro veröffentlicht. Darin berichtet Amaro Foro, dass der angespannten Berliner Wohnungsmarkts insbesondere Zuwander_innenfamilien in irreguläre Mietverhältnisse bis hin zum Übernachten im Freien zwingt. Dabei fehle es in Berlin insbesondere an familiengerechten Wohnheimen, die das Kindeswohl nicht gefährden. Hat sich 2014 an dieser Situation etwas geändert?



Die Situation hat sich nicht spürbar geändert. Es gibt weiterhin fast gar keine Wohnheime, in denen Familien unterkommen können. Die obdachlosen Familien, die im Leistungsbezug sind, müssen auf Hostels bzw. Ferienwohnungen ausweichen. Dort können sie jedoch oft nicht allzu lange bleiben, da die Betreiber_innen lieber an Tourist_innen vermieten. Auch hier greifen dieselben Diskriminierungsmechanismen wie auf dem freien Wohnungsmarkt. Ein weiteres Problem ist auch weiterhin die Unklarheit bzgl. der behördlichen Zuständigkeiten. Betroffenen Familien werden hin und her geschoben, ohne dass sich eine Institution verantwortlich fühlt bzw. sich um ihre Angelegenheiten kümmert. In der letzten Kältehilfessaison haben vermehrt Notübernachtungen auch Kinder aufgenommen (da die Nachfrage stetig steigt). Die Stadtmission hat beispielsweise ein Familienzimmer eingerichtet. Mit den entsprechenden Einrichtungen versuchen wir gemeinsam Druck auf die Politik aufzubauen, damit nicht ein paralleles Netz der Sozialhilfe aufgebaut wird, sondern sich die offiziellen Behörden dem Thema konkret annehmen.

Bereits 1999 hat der Berliner Senat in seinen Leitlinien den größtmöglichen Ermessensspielraum der Behörden bei wohnungslosen Familien mit Kindern formuliert. Amaro Foro kritisierte jedoch 2013 das ignorante Verhalten der Bezirksämter, die nach SGB XII eine Unterbringung wohlwollend prüfen und damit Kinder von der Straße holen könnten. Stattdessen verweigerten die Bezirksämter solche Kostenübernahmen. Hat sich eurer Erfahrung nach an dieser Praxis etwas geändert?

Die Umsetzung von sozialen Rechten von obdachlosen bulgarischen und rumänischen Staatsbürger_innen erweist sich oft als sehr schwierig. Vor allem gibt es Unklarheiten seitens der Mitarbeiter_innen der Sozialämter bezüglich behördlicher Zuständigkeiten sowie sozialrechtlicher Ansprüche von EU Bürger_innen. Oft kommt es immer noch zur Forderung von nicht mehr existierenden Dokumenten wie z.B. der Freizügigkeitsbescheinigung, die zum 07.01.2013 abgeschafft wurde. Amaro Foro e.V. bemüht sich in Fällen von Obdachlosigkeit durch Vermittlung in Notübernachtungen und kurzfristige kreative Notlösungen um Übernachtungen, um die Klärung der Kostenübernahmen, um die Unterbringung in Obdachlosenheimen und die Schaffung von Perspektiven zur Beendigung der Wohnungslosigkeit durch sozialpädagogische und rechtliche Beratung. Zusätzlich bekommen die Familien Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Rechte zur Teilhabe, Anmeldung der Kinder an Schulen, Jobsuche und sie werden zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung begleitet. Leider sind nicht alle Vermittlungen erfolgreich.

Amaro Foro kritisierte auch die Diskriminierung von Menschen aus den neuen EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien, insbesondere von Roma dieser Staatsangehörigkeiten in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe sowie den zuständigen Behörden. Der Senat reagierte auf diese Kritik mit dem perfiden Vorschlag im Rahmen des „Aktionsplan Roma“ bis 2014 eine gesonderte Unterbringung für Roma Familien zu schaffen. Dieser Vorschlag wurde von Roma-Selbstorganisationen angesichts der deutschen Verfolgungsgeschichte von Roma und ihrer Konzentration in gesonderten Lagern (u.a. in Berlin-Marzahn) als rassistisch kritisiert. Welche Schritte bzw. Maßnahmen wurden vom Senat eingeleitet, um die Wohnsituation von Roma Familien zu verbessern?

In der Beratungsstelle von Amaro Foro e.V. gibt es viele Nachfragen zum Thema Wohnen und Wohnungsnot, von der Wohnungssuche über häufig fehlende oder mangelhafte Mietverträge bis hin zur drohenden Obdachlosigkeit von Familien. Gleichzeitig war die Nachfrage nach Beratung und Unterstützung für Menschen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit hoch. Im Rahmen von Projekten die durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen gefördert werden, setzt Amaro Foro e.V. folgende Maßnahmen um:

- ➔ Informationsveranstaltung und rechtliche Beratung zu Mietverhältnissen Aufsuchende Arbeit in den Häusern zwecks Bedarfsermittlung der Wohnsituation durch Mängelaufnahme und Mängelanzeige sowie Prüfung der Verträge und der mietrechtlichen Situation mit Hilfe von Fachanwält_innen;
- ➔ Einleitung notwendiger rechtlicher Schritte und Unterstützung der betroffenen Mietparteien bei der Durchsetzung ihrer Mietrechte durch Sprachmittlung und Empowerment-Arbeit;
- ➔ Maßnahmen zur Deeskalation bei nachbarschaftliche Konflikten;
- ➔ Betreuung von Klient_innen, die akut wohnungslos sind oder davon bedroht sind, durch Beratung und insbesondere Begleitung mit Sprachmittlung zu Regeldiensten

Trotz der intensiven Intervention durch die Mitarbeiter_innen von Amario Foro e.V. und der anwaltlichen Unterstützung für die Verbesserung der Wohnsituation der Roma Familien gibt es ähnlich wie im Jahr 2013 auch weiterhin wesentliche Hindernisse. Einerseits sind viele Menschen aufgrund des europarechtlich umstrittenen §7 SGB II vom Leistungsbezug ausgeschlossen. Auch sind die Kriterien der Job Center sehr eng, was das Verhältnis Preis/ Zimmeranzahl/ Wohnfläche/ Personenanzahl angeht. Andererseits gibt es eine strukturelle Diskriminierung von Roma, Südosteuropäer_innen und ALG II Empfänger_innen auf dem Immobilienmarkt.

Was sind eurer Ansicht nach die derzeit dringendsten Probleme von neu zugewanderten Roma Familien auf dem Wohnungsmarkt? Und was ist notwendig um die Wohnsituation für Roma Familien in Berlin zu verbessern?

Trotz der erzielten Erfolge der von Amaro Foro e.V. umgesetzten Projekte besteht weiterhin Handlungsbedarf für die Verbesserung der Wohnsituation von eingewanderten Roma. Gerade auf dem angespannten Wohnungsmarkt in Berlin besteht für sie das Risiko ohne soziale und rechtliche Betreuung weiterhin Opfer von ausbeuterischen Geschäftspraktiken im Bereich Wohnen zu bleiben bzw. zu werden. Im Rahmen unserer Projekte hat sich die besondere Bedeutung der Umsetzung von Empowerment-Ansätzen erwiesen. Die Weiterführung solcher Projekte erfordert die Sicherstellung eines umfassenden präventiven und intervenierenden Angebots, das die soziale und rechtliche Beratung durch Sprachmittlung und interkulturelle Kompetenz gewährleistet. Allerdings sind die Interventionsmöglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen begrenzt, da wir keinen alternativen Wohnraum anbieten können. Es ist eine Aufgabe der Politik Voraussetzungen für gleichen Zugang auf dem Wohnungsmarkt für alle Menschen zu schaffen. Gleichzeitig fordern wir, dass die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wirksamer angegangen wird. Wohnungslosigkeit muss als ein sozialetisches und sozialpolitisches Problem wahrgenommen und anerkannt werden. Senat und Bezirke müssen gemeinsam Lösungen erarbeiten und die behördlichen Zuständigkeiten klären, um Familien unabhängig ihrer Herkunft vor der Wohnungslosigkeit zu schützen. Darüber hinaus sind die Einzelfallprüfung nach SGB XII für alle betroffenen Familien und eine familiengerechte Unterbringung unabdingbar .

Das Gespräch führte **Angelina Weinbender**.

Amaro Foro ist eine transkulturelle Jugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma, welche ihre Aufgabe darin sieht, jungen Menschen Raum zu schaffen, um aktive Bürger(inn)en zu werden durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation. www.amaroforo.de

„Was wir jetzt erleben ist eine stetige Homogenisierung der Anwohner_innen mit gleichzeitiger Verdrängung aller, die nicht ins Bild passen.“

Interview mit Neriman Kurt

Im Herzen Kreuzbergs, direkt auf der Oranienstraße in einem der berühmten Berliner Hinterhöfe befindet sich der Familiengarten/Aile Bahçesi. Bereits seit den 1980er Jahren gibt es diesen Ort, der wie die Räume des Migrationsrates Teil der Ora 34 e.V. ist. Die Menschen, die diesen Ort besuchen, wohnen teilweise seit 30 Jahren im Kiez. Wir sprachen mit der Leiterin des Familiengartens Neriman Kurt über die Entwicklungen und Veränderungen, die sie in den letzten 20 Jahren in diesem Kiez erlebt hat. Über Mietsteigerung, Verdrängung, Rassismus auf dem Wohnungsmarkt und über den Umgang und die Strategien der Anwohner_innen damit.

Für viele Menschen hier im Kiez ist der Familiengarten seit über drei Generationen ein Ort, den sie regelmäßig aufsuchen und an dem sie ein Stück „Heimat“ wiederfinden. Könntest Du kurz etwas zur Geschichte dieses Ortes sagen?

Kotti e.V. ist aus einer Bürgerinitiative entstanden, die 1985 in der Dresdener Str. angefangen hat, u.a. Bürger_innenberatung für die Anwohner_innen anzubieten. Die offizielle Gründung des Vereins erfolgte ein Jahr später. Seitdem erhält er auch öffentliche Förderung. Anlass für das Entstehen der Initiative waren Themen, die bis heute wiederkehren: Stadtsanierung und Stadterneuerung. Die Anwohner_innen haben sich organisiert, um sich gegenseitig auszutauschen und zu unterstützen und um sich gegen die Pläne der Stadt, die über ihre Köpfe hinweg entschieden wurden, zu wehren. Es ging darum, die Bürger_innen in Prozesse der Stadtentwicklung einzubeziehen und sie zu informieren. Dies war insbesondere für Migrant_innen hilfreich und wichtig, da sie vieles nicht mitbekommen haben bzw. nicht entsprechend informiert wurden. Durch die Arbeit der Initiative und später des Vereins konnte einiges verhindert werden. Viele alte Gebäude wurden, statt abgerissen zu werden, für den öffentlichen Raum zugänglich gemacht, dazu gehört auch der Familiengarten und die ihm angeschlossene Kindertagesstätte.

Anfänglich war der Familiengarten als Nachbarschaftszentrum konzipiert, wichtig war es auch hier, die Anwohner_innen miteinzubeziehen, und auch heute werden die Angebote des Familiengartens immer im Hinblick auf die Wünsche und Bedürfnisse der Anwohner_innen entworfen. Wenn wir erkennen, dass es Handlungsbedarf zu einem bestimmten Thema gibt,

versuchen wir entsprechend unserer Ressourcen dazu zu arbeiten bzw. unser Angebot diesem Thema anzupassen.

Im Rahmen obengenannter Bürgerinitiative entstand auch die „ORA 34“, als „interkulturelle Begegnungsstätte“, in der heute viele Vereine ansässig sind.

Ich würde behaupten, der Familiengarten ist im Vergleich zu anderen Nachbarschaftszentren einzigartig. Wie unterscheidet Ihr Euch von diesen?

Eine Besonderheit ist, dass wir eine lange Zeit der Kontinuität unserer Arbeit vorweisen können. Dadurch konnten wir eine Vertrauensbasis zu den Anwohner_innen aufbauen, die für unsere Arbeit und den Ansatz, den wir innerhalb dieser verfolgen, sehr wichtig ist. Der Familiengarten ist ein Ort, an dem sich die Menschen, die hier ein- und ausgehen, sicher fühlen. Es gibt wenig vergleichbare Orte, mit denen sich die Menschen wirklich identifizieren. Im Familiengarten finden unterschiedliche Bedürfnisse ihren Raum.



Ein weiteres Charakteristikum des Familiengartens ist, dass die Tradition der Bürgerinitiative uns immer noch in den Knochen steckt. Wir kämpfen weiter, setzen uns für die Belange der Menschen ein, was insbesondere

deshalb so wichtig ist, weil es um Menschen geht, die oft in der breiten Öffentlichkeit keine Stimme haben.

Könntest Du mehr zu diesen Menschen, die den Familiengarten als Ort für sich sehen, sagen?

60% der Leute wohnen in der näheren Umgebung, die restlichen kommen aus ganz Berlin, auch aus Wedding, Tegel und Köpenick. Durch unsere zweisprachigen Beratungsangebote erreichen wir viele türkischsprachige Bürger_innen. Arabischsprachige Beratung wurde leider nicht weiterfinanziert. Es kommen teilweise Menschen bereits in der 3. Generation hierher, die wenigsten Nachbarschaftszentren haben das. Viele der Enkelkinder der ersten Besucher_innen haben wiederum ihre Kinder in unseren Kitas. Einer unserer Schwerpunkte sind Angebote für „Senioren“, (ein Begriff den ich an sich ungerne benutze, schöner finde ich die Bezeichnung „Menschen mit gewonnener Zeit“, die ein Besucher hier einmal verwendet hat).

Den Anspruch, es müssen alle „miteinander können“, haben wir nicht. Wir sagen, jede Gruppe oder Person hat den Anspruch auf Autonomie, jede_r soll seinen/ihren Raum haben. Dies ist vor allem für Migrant_innen bzw. Menschen mit Migrationsgeschichte wichtig. Sie brauchen diese Räume, mit denen sie sich identifizieren können bzw. in denen sie sich „sicher“ fühlen. Die Kunst ist es, die Brücken zwischen den unterschiedlichen Gruppen zu schlagen. Wir schauen was die Menschen verbindet und versuchen gemeinsame Veranstaltungen zu gemeinsamen Themen zu organisieren.

Was hier sehr gut funktioniert ist, dass wir bei Demos oder Aktionen sehr schnell Teilnehmer_innen mobilisieren können. Dies liegt an unserer langen Geschichte und der daraus resultierenden entsprechend großen Vernetzung.

Welche Schwerpunkte sind im Moment aktuell für die Anwohner_innen und wo seht Ihr Handlungsbedarf?

Was die Menschen alle aktuell beschäftigt, ist das Existenzielle. Es geht sehr viel darum, „Wie wahre ich meine Existenz?“ „Wie kann ich weiterhin hier bestehen?“. Die Unsicherheit ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, u.a. durch strukturelle Ausgrenzung. Was sich im Kiez verändert hat: Kreuzberg war immer ein Ort zu dem menschen kam und Teil davon wurde, was bestand und es bereichert hat; heute ist es so, dass die, die kommen, diejenigen verdrängen, die seit Jahrzehnten hier leben und Kreuzberg zu dem gemacht haben, was

es ist. Die Menschen hier spüren immer mehr, dass sie aus ihrem Lebensraum weggedrängt werden. Spüren auch eine Ohnmacht und Hilflosigkeit, aber auch Scham. Viele schämen sich für ihre Armut oder Hilflosigkeit, was ihnen auch suggeriert wird. Auch hier versuchen wir dagegen zu wirken und die Bürger_innen zu stärken und deutlich zu machen, dass es andere sind, die sich schämen sollten. Viele Menschen werden durch die ständige Sorge um die Existenz krank, insbesondere junge Leute. Dies sind Themen, die wir hier immer wieder im Alltag haben. In unserer Beratung versuchen wir unseren Besucher_innen auch auf rechtlicher Ebene zu unterstützen, da vieles, was hier in punkto Verdrängung geschieht, nicht rechtens ist. Zudem veranstalten wir Thementage, um die Menschen zu sensibilisieren, zu stärken und zu ermutigen sich zu organisieren, damit sie sich in ihrer Situation nicht alleine fühlen. Vielen Menschen hilft es schon zu wissen, dass es vielen anderen auch so geht.

Dieses Thema war allerdings schon Anfang der 90er Jahre abzusehen. Nach der Wende stand auch der Familiengarten kurz vor dem „Aus“. Nur durch viel Engagement konnte er erhalten bleiben, allerdings mit einer Mittelkürzung von 50%. Von vier Stellen ist heute nur noch eine übriggeblieben.

Wie würdest Du den Unterschied und die Entwicklung in Kreuzberg und insbesondere hier im Kiez von vor 20 Jahren und jetzt beschreiben? Das Thema Verdrängung, Stadtsanierung usw. kommt immer wieder auf. Was ist der Unterschied zu damals?

Kreuzberg war immer schon ein besonderer Ort. Dies ist in den letzten Jahren verloren gegangen, die Nachbarschaften anonymisieren sich immer mehr, werden entmietet und entfremdet. Vor 20 Jahren waren fast alle Menschen im Kiez arbeitstätig, dadurch hatten sie ein ganz anderes Selbstbewusstsein, Selbstverständnis und Auftreten. Heute haben wir im Kiez eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, ein Gemeinschaftsgefühl (wieder)herzustellen wird dadurch um einiges erschwert. Was wir gut finden, sind Bürger_inneninitiativen, die aus sich heraus entstehen. Diese versuchen wir soweit es geht stets zu begleiten und zu unterstützen.

Kotti & Co ist solch eine Initiative, die vor allem zu den Themen Gentrifizierung, Verdrängung und Rassismus arbeitet. Gibt es dort eine Zusammenarbeit mit dem Familiengarten?



Ja. Wir haben viel mit Kotti & Co zusammen gearbeitet. Einige Damen, die hier regelmäßige Besucherinnen sind, sind auch dort sehr aktiv. Allerdings ist die Initiative mittlerweile so gut organisiert, dass sie unsere Unterstützung in dem Sinne nicht mehr so sehr benötigen.

Was kannst Du zu Verdrängung und Rassismus sagen? Speziell in diesem Kiez? Was erfährt Ihr diesbezüglich von Euren Besucher_innen?

Die neuen Statistiken des Migrationsbeirates zeigen, dass in Kreuzberg die Anzahl rassistischer Übergriffe steigend ist. Wir hören immer wieder, dass in der Nachbarschaft vermehrt rassistische Äußerungen fallen. Diese kommen nicht unbedingt von alten Kreuzberger_innen. Die öffentliche Debatte zu Integration und neuer Zuwanderung schürt diese rassistische Stimmung. Zuwanderung aus „westlichen“ EU-Staaten wird als großes Potenzial gesehen. Zuwanderer beispielsweise aus der Türkei werden diesen als „integrationsunwillig“ gegenübergestellt. Derartige Meinungen werden sehr schnell zu allgemeinem Konsens und spiegeln sich im Alltag wider. Stimmungen können ja auch durch öffentliche Debatten, Medien usw. geleitet werden. Und diese tendieren auf jeden Fall zu verstärktem Rassismus. Insbesondere der anti-muslimische Rassismus ist in Deutschland seit 9/11 und weltweit extrem gestiegen.

Steigende Mieten, Verdrängung und verstärkter Rassismus? Welche Strategien haben die Anwohner_innen entwickelt, um damit umzugehen?

Was wir beobachten ist, dass Menschen zwar im Kiez bleiben, aber gezwungen werden von großen Wohnungen in kleinere zu ziehen. Immer mehr Personen

wohnen in immer kleineren Wohnungen. Wir haben es auch mit Fällen zu tun, bei denen Menschen vom Job Center aufgefordert werden, sich eine günstigere Wohnung zu suchen, weil gestiegene Mieten die Mietgrenzen übersteigen. Die Anwohner_innen ziehen zusammen. Sie möchten im Kiez bleiben. Sie wohnen teilweise seit 30 Jahren hier und haben dementsprechend alle sozialen Kontakte hier. Dies gilt vor allem für ältere Menschen, die durch einen Wegzug eine wiederholte Entwurzelung erfahren. In vielen Fällen kommt auch deswegen ein Wegzug nicht in Frage, weil bezahlbarer Wohnraum in Berlin immer rarer wird und die Frage auftaucht: „Wohin?“. Bei der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt bleiben oft nur noch Bezirke am Rande Berlins, wie beispielsweise Marzahn. Aber für viele Menschen, die mittlerweile schon hier immer häufiger Rassismus erfahren, sind diese Bezirke keine wirkliche Alternative. Die Stadt kümmert sich nicht um diese Themen.

Wie ist die Situation im öffentlichen Raum? Inwieweit findet hier eine Vermarktung und eine Verdrängung der Anwohner_innen statt?

Durch Preissteigerungen auch in der Gastronomie haben viele Menschen hier nicht mehr so wie früher die Möglichkeit, sich in öffentlichen Räumen zu treffen, sich auszutauschen oder sich zu organisieren. Vor 20 Jahren waren viele Kneipen hier im Kiez Orte, in denen mensch sich getroffen hat, um auch auf politischer Ebene aktiv zu werden. Das ist heute für viele Anwohner_innen nicht mehr möglich.

Zudem geht altes Gewerbe verloren oder wird verdrängt. Durch diese Entwicklungen werden Orte wie der Familiengarten immer wichtiger. Anwohner_innen werden immer mehr vom öffentlichen Raum verdrängt. Aus diesem Grund haben wir bewusst keine Außenwerbung. Uns ist es wichtig, diesen Ort als sicheren Raum zu wahren.

Welche speziellen Probleme bringt die Verdrängung für Frauen, alleinerziehende Mütter oder ältere Frauen mit sich?

Ich fange bei den älteren Frauen an: hier haben glücklicherweise noch viele alte Mietverträge, aber auch da besteht die Gefahr von erheblicher Mietsteigerung oder Verdrängung, wenn beispielsweise Wohnungsgesellschaften privatisiert werden oder die/der Vermieter_in Eigenbedarf anmeldet, was immer häufiger

passiert, um Mieter oder Gewerbe zu verdrängen. Bei älteren Menschen mit Grundsicherungshilfe fängt es auch langsam an, dass sie vom Job Center aufgefordert werden, sich günstigere Wohnungen zu suchen. Und es bekommen hier einige Anwohner_innen Grundsicherungshilfe, da die Renten viel zu gering sind. Andere Bewohner_innen ziehen, wie bereits erwähnt, zu ihren Kindern. Es kommt zu Wohnraumverengung, was wiederum andere Konflikte und Probleme mit sich bringt. Für Frauen können diese Existenzängste teilweise fatal sein. Viele entscheiden sich aus Angst eher dafür, zu Hause Leid zu ertragen oder in bestimmten Zwängen zu bleiben, als sich zu trennen bzw. auszuziehen. Es sind Probleme, die andere Probleme mit sich ziehen. Dazu zählt auch die gesteigerte Anzahl von Frauen, die schon in jungen Jahren Antidepressiva nehmen. Abhängig werden. Es gibt einen großen Bedarf an Therapien. Jedoch beträgt die Wartezeit für muttersprachliche Therapeut_innen bis zu zwei Jahren. Es sind also sehr vielschichtige Probleme, die hier zusammenkommen. Was wir auch beobachten ist, dass Migrantinnen mit muslimischer Herkunft zunehmend Trost in der Religion suchen, sie gehen immer mehr in religiöse Einrichtungen. Vor zehn Jahren war dies noch nicht so. Für viele Frauen wird die Religion eine Instanz, mit der sie Identität und Sicherheit verbinden und wo sie Halt finden. Auch dieses Phänomen versuchen wir hier zu thematisieren. Wir beobachten nämlich auch eine zunehmende Anfeindung von muslimischen Frauen, insbesondere muslimischen Frauen, die Kopftuch tragen. Dies sind alles Probleme, die zwar indirekt, aber trotzdem auch mit der Gentrifizierung zusammenhängen und in der gesamtstädtischen Politik viel zu wenig behandelt werden.

Von Seiten der Politik wird die Entwicklung in Kreuzberg und Neukölln als etwas Positives bewertet, und es wird von der Notwendigkeit einer stärkeren „Durchmischung“ der Bevölkerung in diesen Stadtteilen gesprochen. Was würdest Du dieser Forderung entgegensetzen?

Die Politik greift in diesem Zusammenhang immer wieder gerne auf die rassistisch aufgeladene „Integrationsdebatte“ zurück. Die Frage ist jedoch, „Was ist Integration? Von wem geht Integration aus, und was soll damit bezweckt werden?“ Dies war immer wieder Thema, und zwar seit 10 oder 20 Jahren. Derzeit beobachten wir einen Trend hin zu immer stärkeren nationalistischen Tendenzen. Europa versucht eine immer stärkere Einheit

zu werden und schottet sich dementsprechend mit allen Mitteln ab. Wann ist ein Mensch integriert? Viele sagen Sprache oder Bildung, also schulische Bildung, Karriere, das sind aber nicht Fragen der Herkunft, sondern des sozialen Status. Es gibt hier genug Menschen mit Migrationsgeschichte, die trotz hoher Bildung und guter Abschlüsse hier keine Chance haben. Konkret zu der Frage kann ich nur sagen, dass Kreuzberg schon immer „durchmischt“ war und dass es das ist, was diesen Stadtteil ausmacht. Was wir allerdings jetzt erleben, ist eine stetige Homogenisierung der Anwohner_innen mit gleichzeitiger Verdrängung aller, die nicht ins Bild passen.

Die Leitfrage dieser Ausgabe des Newsletters ist, „Ein Recht auf Stadt für alle?“ Wie siehst Du in diesem Zusammenhang das Aneignen des öffentlichen Raums als Ort des Protestes? Speziell in diesem Fall den Protest der Geflüchteten am Oranienplatz und die Auflösung dessen? War der Familiengarten im Protestcamp involviert?

Anfangs war die Solidarität für die Protestierenden des Camps auch von Seiten der Anwohner_innen sehr groß. Im Laufe der Zeit hat diese Solidarität jedoch abgenommen, und die Atmosphäre wurde immer angespannter. Im Familiengarten haben wir den Protest zusammen mit Anwohner_innen aus der Umgebung und Protestierenden des Camps thematisiert. Wie die Senatsverwaltung am Ende damit umgegangen ist, ist eine andere Debatte. Klar ist, dass die bloße Auflösung des Camps keine Lösung war und dass die Senatsverwaltung weiterhin in der Pflicht bleibt, humanitäre Lösungen für die Camp-Bewohner_innen zu finden. Was der Protest zeigt ist, dass Kreuzberg ein politischer Ort ist, ein Ort, mit dem Menschen noch politischen Aktivismus verbinden und hier Raum dafür sehen. Aber die Frage ist, wie lange das noch so bleiben wird. Grundsätzlich ist das Recht auf Meinungsäußerung und Protest im öffentlichen Raum wichtig und richtig. Es ist das Recht jeder Bürger_in. Gerade wenn es darum geht über die Köpfe der Bürger_innen hinweg die Stadt zu vermarkten.

Welche Forderungen und Wünsche hast Du als langjährige Mitarbeiterin des Familiengartens, als Privatperson oder als Kreuzbergerin?

Wichtig ist, dass die Existenz der Menschen hier weiter gesichert ist. Erst wenn Menschen sich sicher fühlen und

nicht in existenziellen Ängsten gefangen sind, können sie gesunde Entscheidungen treffen. Wenn wir bedenken, was die Bewohner_innen hier tagtäglich erleben müssen und welche Hürden ihnen in den Weg gestellt werden, würde ich mir von der Stadt- und Senatsverwaltung wünschen, dass sie nicht nur kurzfristig, sondern langfristig denken und einfach mehr auf den Menschen gucken.

Vielen Dank!

Das Interview führte **Iris Rajanayagam**.

Familiengarten: www.kotti-berlin.de

Bildmaterial von Kotti & Co.: kottiundco.net



ALLMENDE BLEIBT! WIR LASSEN UNS NICHT VERDRÄNGEN!

→ Allmende ist ein Treffpunkt in Kreuzberg.

Wir nennen uns „Haus alternativer Migrationspolitik und Kultur“. Wir sind eine Begegnungsstätte für ganz unterschiedliche Menschen und ihre sozialen, politischen, kulturellen und künstlerischen Aktivitäten. Seit 2006 sind unsere Vereinsräume am Kottbusser Damm 25/26 in Kreuzberg.

→ Jetzt droht uns die Zwangsräumung.

Zum 31.12.2013 wurde das Mietverhältnis vom Eigentümer beendet, die Räumungsklage wurde uns bereits zugestellt. Wegen der steigenden Mietpreise im Bezirk rechnet er sich höhere Einnahmen aus, als ein politischer und sich unabhängig finanzierender Verein zahlen könnte.

→ Die Verdrängung trifft Alle!

Neben Mieter_innen mussten auch Initiativen und Vereine, Kitas und Jugendtreffs schon ihre Räume aufgeben. Menschen mit wenig Geld verlieren durch die steigenden Mieten die Räume, in denen sie wohnen oder sich kulturell, sozial und politisch engagieren. Die örtliche Infrastruktur wird zerstört.

→ Es geht nicht nur um Kreuzberg!

Es geht um die ganze Stadt, um viele Städte in Europa und der ganzen Welt. Durch mögliche Gewinne wegen höherer Mieteinnahmen und

erwarteter steigender Grundstückspreise werden Investor_innen angezogen und spekulieren. Häuser werden gekauft und wenn möglich luxussaniert. Mietsteigerungen und Rassismus auf dem Wohnungsmarkt führen zur Verdrängung weiter Bevölkerungsteile. Die aktuelle Stadtpolitik begünstigt das.

→ Uns reicht! Die Stadt gehört uns allen!

Wir sollen wegen der Profitinteressen einiger Weniger den Bezirk verlassen, den wir mitgestaltet haben. Das werden wir nicht zulassen! Lasst uns gemeinsam gegen die Verdrängung von Mieter_innen und Initiativen kämpfen! Für einen Bezirk, in dem es für alle Menschen genug Platz zum wohnen und für ihr soziales, politisches und kulturelles Leben gibt.

→ Wir fordern den Eigentümer auf, den Mietvertrag mit uns zu verlängern.

→ Wir fordern den Bezirk auf bezahlbare Räumlichkeiten für politische, soziale und kulturelle Träger und Initiativen zur Verfügung zu stellen.

→ Wir fordern die Politik auf, mietergerechte Stadtpolitik zu entwickeln.

Wir freuen uns, wenn ihr zum Austausch auf einen Tee bei uns vorbei kommt!



Kottbusser Damm 25–26, 10967 Berlin
allmende.berlin@yahoo.de, www.allmendeberlin.de

ALLMENDE!
BLEIBT • ÇIKMIYOR!

Solidaritätskonto:

Allmende e.V., Betreff: Solidarität
Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00
Kontonummer: 250 004 330



Stadt neu denken – Not a single story!¹

Astrid Geiermann

In der Stadt tut sich was. Letzter Ausdruck einer selbstbewussten, sich zunehmend selbst organisierenden Stadtgesellschaft ist der Erfolg des Volksentscheids 100% Tempelhof. Ob der Wunsch nach einer weiterhin unbebauten Fläche auf dem Tempelhofer Feld der Grund für diesen Erfolg war oder das große Misstrauen in den Senat, muss an dieser Stelle nicht geklärt werden.

Tempelhof hat gezeigt, dass das grundsätzliche Interesse der Berliner_innen an der Entwicklung ihrer Stadt wächst. In der Stadt verdichten sich die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der politische und stadtgesellschaftliche Umgang mit Gentrifizierung, Migration und strukturellem Rassismus ist eine dieser Herausforderungen.

Die Folgen des strukturellen Rassismus in der Stadt sind für alle sichtbar: Unsere Kinder lernen in segregierten Schulen oder zumindest in segregierten Schulkulturen, die Pflege- und Beratungseinrichtungen decken bei weitem nicht den bestehenden Bedarf an Angeboten in einer Migrationsgesellschaft ab, die Benachteiligungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt lassen sich in allen Statistiken ablesen und die wenigsten kulturellen Einrichtungen arbeiten interkulturell – inhaltlich wie personell. Die seelischen Wunden, die all dies hinterlässt, werden gesellschaftlich nicht wahrgenommen und bearbeitet.

Diese Beschreibung steht in einem auffälligen Kontrast zur viel beschworenen „Berliner Mischung“, die erhalten bleiben soll. Ein ehrlicher Blick auf Schein und Sein der „Berliner Mischung“ täte gut.

Über all diese Aspekte müsste in den Debatten zur Stadtentwicklungspolitik gesprochen werden, jedoch sind Migrant_innen und People of Color von diesen Debatten oftmals ausgeschlossen.

Bestimmte Felder sind Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, so zum Beispiel die Mietenpolitik, die Sicherung preiswerten Wohnraums, der Umgang mit den landeseigenen Grundstücken sowie der Wohnungsneubau. Was Berlin aber auch braucht, sind neue Stätten des Engagements, der Begegnung und der Freizeit. Stätten, die von unten entwickelt und von unten getragen werden, für die aber die räumlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, weil sie nicht aus eigener Kraft entstehen können. Ein Beispiel einer solchen Stätte ist das geplante Eine-Welt-Zentrum von Berlin Global Village.

Berlin Global Village ist ein entwicklungspolitisches Netzwerk. Die Mitgliedsorganisationen reflektieren die vielfältigen Kritiken an unserem Wirtschafts-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell im globalen Kontext. Und sie möchten auf verschiedenen Wegen

¹ Der Titel verweist auf die berühmte Rede „The danger of a single story“ der nigerianischen Schriftstellerin Chimamanda Adichie von 2009. Adichie ging es darum, ein Bewusstsein zu schaffen dafür, dass eine einzige Geschichte oder ein kleines Detail sehr schnell Auslöser für Vorurteile, Klischees und Stereotypen sein können. Gerade unser eigenes Bild vom „Anderen“ und „Fremden“ ist häufig von „single stories“ geprägt, die wir von einer anderen Person, aus den Nachrichten oder aus dem Internet haben. Hier lohnt es sich hinter diese „single story“ zu blicken und weitere Details und Blickwinkel zu entdecken, die diese einzige Geschichte vervollständigen und relativieren.

unsere Gesellschaft und unsere Stadt so gestalten, dass sie zukunftsfähig wird und wir nicht auf Kosten anderer leben. Um solche und ähnliche Fragen mit anderen und mit einer interessierten Öffentlichkeit zu bearbeiten und gemeinsame Veränderungsstrategien zu entwickeln, sucht das Netzwerk ein gemeinsames Zentrum für seine Mitgliedsorganisationen und andere, in ähnlichen Themenfeldern arbeitenden Organisationen. Es ist ein Projekt, dessen Unterstützung im aktuellen Koalitionsvertrag der Berliner Landesregierung ausdrücklich verankert ist. Denn als ein Netzwerk gemeinnütziger Organisationen ist Berlin Global Village aus wirtschaftlicher Sicht auf eine substantielle Unterstützung angewiesen, um ein Vorhaben in der geplanten Größenordnung umzusetzen.

Der Verein hat früh eine interkulturelle Ausrichtung des Zentrums als Ziel verankert. Dies ist auf die seit Jahren stattfindende Auseinandersetzung über spezifische Formen des Rassismus innerhalb der entwicklungspolitischen Szene zurückzuführen, die der Landesverband der entwicklungspolitischen Organisationen, der Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER), angestoßen und auf vielfältige Weise geführt hat. Die auch bundesweit beachteten Publikationen mit den programmatischen Titeln ‚Von Trommlern und Helfern‘, ‚Beiträge zu einer nicht-rassistischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit und Developmental Turn‘, ‚Neue Beiträge zu einer rassismuskritischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit‘ sowie ‚Wer anderen einen Brunnen gräbt...‘ zeugen von diesen Auseinandersetzungen. Hierauf kann Berlin Global Village als ein Verein, der aus diesem Landesverband hervorgegangen ist, aufbauen.

Das Ziel der interkulturellen Ausrichtung des Eine-Welt-Zentrums ist auf der Grundlage der bestehenden Ungleichheiten zwischen weißen entwicklungspolitischen Organisationen und migrantisch-diasporischen Organisationen (MDO) in der Eine-Welt-Arbeit sehr schwer zu erreichen. Die Arbeit der einen, der weißen Organisationen, basiert auf Förder- und Spendengeldern, mit denen auch hauptamtliche Mitarbeiter_innen und eine entsprechende Bürostruktur bezahlt werden können. Die Arbeit der MDO basiert viel stärker auf ehrenamtlicher Arbeit und auf eigenem Geld, das für die Projekte eingesetzt wird. Allein dieser Hintergrund führt schon zu unterschiedlich ausgeprägten, personellen Ressourcen, die Konzeptentwicklung des Zentrums mit gestalten zu

können. Der Unterschied in den Ressourcen wird sich auch in der Nutzung des Zentrums und in den Möglichkeiten, dort Räume anzumieten, widerspiegeln. Allein diese Ungleichheiten stellen den Verein vor große Herausforderungen, das ausgesprochene Ziel des interkulturellen Aufbaus auch in die Tat umzusetzen und ein entwicklungspolitisches Zentrum der gelebten Vielfalt zu schaffen.

Das Eine-Welt-Zentrum ist auf einem landeseigenen Grundstück auf der Stralauer Halbinsel geplant. Zum jetzigen Zeitpunkt werden aber auch noch andere Standorte geprüft. Das Zentrum soll in einem Projektkontext entstehen, in dem Leben und Arbeiten in einem umfassenden und nachhaltigen Sinn verwirklicht werden: günstiges und ökologisches Wohnen, das einer Vielfalt von Menschen gerecht wird, mit einer interkulturellen Ausrichtung und für Menschen jeden Alters, mit Wohnungen, die barrierefrei und für unterschiedlichste Lebensentwürfe geeignet sind. Eine inklusive, internationale Kita mit 24-Stunden-Betrieb und angegliedertem Familienzentrum, eine Gewerbe-genossenschaft, die nachhaltigen und Gemeinwohl orientierten Unternehmen einen guten Ort zum Wirtschaften bietet. Ein Zentrum der entwicklungspolitischen Partizipation, in dem politische Debatten geführt werden und das eine gute Entwicklung Berlins voranbringt. Und all dies auf einem landeseigenen Grundstück und in rechtlichen Strukturen, die das so Geschaffene auch für zukünftige Generationen sichert.

Eine Vision? Zu schön, um wahr zu sein? Nein. Ein solches Projekt ist möglich, wenn es gelingt, die Entscheidungsträger_innen zu überzeugen – sowohl inhaltlich als auch von der wirtschaftlichen Tragfähigkeit. Für zivilgesellschaftliche Bauprojekte in der Stadt gilt: Man braucht eine Idee, man braucht die Menschen und man braucht den Ort, um diese Idee umzusetzen. Dann findet sich der Rest. Doch an diesem Beispiel zeigt sich, dass das allein nicht reicht: es gibt die Idee, es gibt die Menschen, es gibt den Ort. Doch etwas fehlt. Das was fehlt, sind die unsichtbaren Ressourcen, die vielen Projekten zum Erfolg verhelfen: Kontakte, Zugang zu Geld und zu Entscheidungsträger_innen. Die informellen Strukturen sind für den Erfolg solcher Projekte oft entscheidend. Und in diesen informellen Strukturen solcher Kontexte sind Migrant_innen und People of Color kaum vertreten.

Um dies zu kompensieren, braucht es an dieser Stelle ein klares politisches Signal. Der Senat muss die

Instrumente zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik auch interkulturell schärfen und die Rahmenbedingungen für den Aufbau solcher Projekte schaffen. So lange die Bedingungen - auch die unsichtbaren - die zu erfolgreichen, nachhaltigen Projekten führen, nicht erkannt und benannt werden, wird es keine gelebte Interkultur in der Stadtentwicklung geben. So wie der Kulturstatssekretär Tim Renner in der Berliner Zeitung vom 20.06.2014 eine kulturelle Mitsprache im Portfolio-Ausschuss zum Umgang mit den Berliner Liegenschaften gefordert hat, so ist auch eine interkulturelle Mitsprache dringend geboten. Und dies gilt

nicht nur für das eingeschränkte Feld der Liegenschaftspolitik, sondern für die gesamte Stadtentwicklungspolitik. Und die interkulturelle Mitsprache müsste nicht nur in Politik und Verwaltung stärker verankert werden, sondern bei den zivilgesellschaftlichen Akteur_innen im Bereich der Stadtentwicklung. Denn für die Entwicklung unserer Stadt interessieren wir uns alle! Denn wir denken die Stadt neu - und zwar in ihrer ganzen Vielfalt.

Astrid Geiermann ist Geschäftsführerin von Berlin Global Village (berlin-global-village.de) und Eine Welt-Promotorin für zivilgesellschaftliches Engagement (berlin-entwickeln.de).

Zur Aktualität von ‚städtischem Orientalismus‘: Zur Zulässigkeit von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt¹

Noa Ha

Hinweise, die für einen orientalisierenden Blick auf die postkolonialen ‚Anderen‘ in stadtsoziologischen Beschreibungen und Definitionen von gesellschaftlichen Problemen sprechen, liefert Stephan Lanz in seinem Aufsatz „Mythos europäische Stadt – Fallstricke aktueller Rettungsversuche“ (Lanz 2002). Er zeigt, dass in die Beschreibung von ‚problematischen Nachbarschaften‘ normative Vorstellungen von bürgerlicher und an den Werten der Mittelschicht orientierter Stadt einfließen und die Studien hierzu „methodisch hoch problematisch sind“ (ebd.: 67). Unter Verweis auf Loïc Wacquant und Edward Said bezeichnet Lanz diese Problembeschreibungen als „städtischen Orientalismus“, weil auf eine Kultur der ‚Anderen‘ verwiesen wird, hierbei Bilder von einer hohen Konzentration von Problemgruppen aufgerufen werden, die vor allem in ihren Abweichungen von dominanten Vorstellungen von Stadt(-gesellschaft) betrachtet werden.

Obwohl die Kennzeichnung der proletarischen Bevölkerung als ‚deviant‘ oder als ‚gefährliche Klasse‘ ein altbekanntes Muster in der Stadtpolitik ist, hat die Beschreibung der Devianz, ausgehend von orientalisierenden Motiven, eine neue Qualität, die mit der Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Verhältnisse in der Stadt einhergeht. Mit dieser Problembeschreibung wird einer territorialisierten Stadt- und Sozialpolitik Vorschub geleistet, die bestimmte Gebiete stigmatisiert und im öffentlichen Diskurs problematisiert, ohne die diskriminierenden Effekte der Arbeits-, Wohnungs- und Bildungsmärkte in den Blick zu nehmen und zu reflektieren. So greift auch Vassilis Tsianos (2013: 22) in seinem Artikel „Urbane Paniken. Zur Entstehung des antimuslimischen Urbanismus“ Fragen von städtischer Orientalisierung auf. Er sieht in der Verschränkung der „Figur der Integration in

Deutschland“ und dem „sozialwissenschaftlichen Ghetto-Diskurs“ die Voraussetzung von städtischen Bedrohungsszenarien, die er wiederum als „anti-muslimischen Urbanismus“ bezeichnet. Anhand eines Beispiels aus Hamburg St. Georg beschreibt er die Verknüpfung von schwul-lesbischen Politiken mit Fragen von Sicherheits- und Stadtpolitik, die sich gegen die vermeintlich homophoben ‚Anderen‘ wenden und eine politische Allianz mit den städtischen Eliten zulasten der muslimischen Bevölkerung eingehen. In ähnlicher Richtung argumentiert auch Jin Haritaworn (2010). Er betrachtet aus einer queeren Perspektive vermeintlich progressive Stadtpolitiken in Berlin zugunsten von schwul-lesbischen Gruppen, die gleichzeitig mit einem rassistischen Backlash gegenüber den ‚Anderen‘ verknüpft sein können (vgl. zu diesem Themenkomplex auch Yilmaz-Günay (2011)). Haritaworn und Tsianos

beziehen sich auf die Vorarbeit von Jasbir Puar (2007) und deren Theoretisierung von Homonormativität. Homonormativität bezeichnet demnach die Integration schwul-lesbischer Sexual- und Gleichstellungspolitiken in nationale (und städtische) Regime nach dem 11. September 2001, die mit der rassifizierenden Abgrenzung von kulturell ‚Anderen‘ einhergeht.

Haritaworn verweist darauf, dass dem stadtplanerischen Paradigma der ‚sozialen Mischung‘ eine koloniale Logik zugrunde liegt, da es insbesondere in migrantisch geprägten Quartieren zur Anwendung kommt und die Verdrängung von Bewohner_innen aus langjährig gewachsenen Nachbarschaften forciert, indem diese als degeneriert, kriminell und verarmt beschrieben werden (Haritaworn 2012: 121). An anderer Stelle haben Andreas Schneider und ich aus einer rassismuskritischen Perspektive untersucht, wie im Rahmen von stadtsoziologischer Forschung in Hamburg städtische Gebiete beschrieben werden. Zur Identifizierung von sozialen Problemlagen in der Stadt wurde auch der Anteil von ‚Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund‘ kartiert, wobei diese Kategorie die Verschiedenartigkeit von Migrant_innen übergeht und grob verallgemeinert. Hier wird deutlich, wie mit einer als universell geltenden weißen Position ethnisierte gesellschaftliche Verhältnisse stabilisiert und planerisch festgeschrieben werden (Ha/Schneider 2014).

Diese stadtsoziologischen Be- und Zuschreibungen legitimieren eine Stadtentwicklungspolitik zugunsten einer ‚sozialen Mischung‘, die nur für spezifische Gebiete in der Stadt – nämlich die migrantisch geprägten Quartiere – gefordert wird. Diese Legitimation führt soweit, dass das deutsche Antidiskriminierungsgesetz (Allgemeines Gleichstellungsgesetz/AGG) eine Ausnahme für den Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt unter dem sehr vagen Verweis auf „sozial stabile“ und „ausgeglichene [...] Verhältnisse“ vorsieht.² Die Aufhebung des Diskriminierungsschutzes steht jedoch im drastischen Widerspruch zu den Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Wohnungsmarkt (Kowalski/Krefft/Velte 2006; Kilic 2008). Die wenigen hierzu durchgeführten Studien zeigen, dass gerade ein Diskriminierungsschutz auf dem Wohnungsmarkt dringend nötig wäre, um sowohl die Gleichbehandlung als auch die Selbstbestimmung von verschiedenen

Menschen in der Stadt zu gewährleisten. Daher kritisiert der Berichterstatter des UN Human Rights Councils (Muigai 2010) diesen Paragraphen des AGG, weil gerade dort eine Ausnahme vom Diskriminierungsschutz gemacht wird, wo auf dem Wohnungsmarkt problematische Formen der Diskriminierung vorliegen.

Die obigen Darstellungen zur Kontinuität von städtischem Orientalismus im Kontext der europäischen Stadt verweisen auf wissenschaftliche Analysen von städtischen Problemen, die zur Kulturalisierung und Ethnisierung sozialer Problemlagen führen. Darüber hinaus sind diese Arbeiten in gewisser Weise auch für diskriminierende Effekte auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich, wenn Menschen ihre langjährigen Nachbarschaften unfreiwillig verlassen müssen, aber zugleich keinen Schutz durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz genießen. Insofern basieren die orientalisierenden Implikationen der europäischen Stadt, wie sie sich in aktuellen Problematisierungen von städtischen Quartieren äußern, nicht nur auf einer Zuschreibung derjenigen, die von ‚außen‘ kommen – sondern diese Implikationen sind konzeptionell in das soziologische Verständnis der europäischen Stadt eingeschrieben.

Noa Ha ist Asiatischdeutsche Stadtforscherin, Mutter, Aktivistin. Sie engagiert sich bei *korientation*, einem asiatischdeutschen Netzwerk, im Netzwerk ‚*decoloniality europe*‘ und ist im Vorstand des Migrationsrates Berlin-Brandenburg (MRBB).

¹ Bei diesem Artikel handelt es sich um eine Wiederveröffentlichung in Auszügen – im Original erschienen in sub/urban Zeitschrift für kritische Stadtforschung, Bd. 2, Heft 1.(2014) <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/106>

² „Bei der Vermietung von Wohnraum ist eine unterschiedliche Behandlung im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse zulässig“ (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Paragraph 19, Absatz 3).

Literatur

- Ha, Noa und Andreas Schneider (2014): „Kritisches Weißsein“, Handbuch Kritische Stadtgeographie.
- Haritaworn, Jin (2010): „Queer Injuries: The Racial Politics of ‚Homophobic Hate Crime‘ in Germany“, Social justice : a journal of crime, conflict & world order. 37/1, S. 69.
- (2012): The Biopolitics of Mixing: Thai Multiracialities and Haunted Ascendancies, Ashgate Publishing, Ltd.
- Kilic, Emsal (2008): „Diskriminierung von Migranten bei der Wohnungssuche: eine Untersuchung in Berlin“.
- Kowalski, Christoph, Oksana Krefft und Solveig Velte (2006): „Die Wohnungssuche als Alltagsproblem von Menschen nicht-deutscher Herkunft“, Eine empirische Untersuchung am Beispiel Köln. Internetveröffentlichung, online verfügbar unter: http://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/downloads/diversity/Bericht_Wohnungsvergabe.pdf (letzter Abruf am 25.02. 2011).
- Lanz, Stephan (2002): „Mythos europäische Stadt — Fallstricke aktueller Rettungsversuche“, in: Bukow, Wolf-Dietrich und Erol Yildiz (Hrsg.): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft, Interkulturelle Studien 11, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 63–77, http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-09639-9_4 (zugegriffen am 26.11.2013).
- Muigai, Githu (2010): „Report of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance, Githu Muigai“, <http://www.ohchr.org/EN/Issues/Racism/SRRacism/Pages/CountryVisits.aspx> (zugegriffen am 29.1.2013).
- Puar, Jasbir K. (2007): Terrorist assemblages: Homonationalism in queer times, Duke University Press.
- Tsianos, Vassilis (2013): „Urbane Paniken: Zur Entstehung des antimuslimischen Urbanismus“, Wer MACHT Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen, Münster: edition assemblage, S. 22–43.
- Yilmaz-Günay, Koray (Hrsg.) (2011): Karriere eines konstruierten Gegensatzes: zehn Jahre „Muslime versus Schwule“ - Sexualpolitiken seit dem 11. September, Berlin.



Zwangsräumungen verhindern

Bündnis Zwangsräumung verhindern

Seit einigen Jahren unterstützt das Bündnis *Zwangsräumung verhindern* Berliner Mieter_innen, die um den Verbleib in ihrer Wohnung fürchten müssen. Um Zwangsräumungen zu verhindern, sucht das Bündnis Gespräche mit den Eigentümer_innen, betreibt Öffentlichkeits- und Pressearbeit, organisiert Demonstrationen und Kundgebungen, greift aber auch auf Formen zivilen Ungehorsams wie Sit-Ins und Blockaden zurück.

Zuletzt unterstützte das Bündnis u.a. Familie A. gegen die schikanöse, rassistische und profitorientierte Wohnpolitik privater Eigentümer und der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“. Familie A. wurde vom Amtsgericht Neukölln verurteilt, ihre Wohnung zum 15.10.2013 zu räumen, obwohl alle Mietschulden gezahlt waren und, wie selbst vom Gericht festgestellt, seit Ende 2011 keine neuen Mietrückstände angelaufen sind. Hintergrund der Kündigung waren Rechtsstreitigkeiten über Mietminderung wegen

unterlassener Renovierung eines Wasserschadens, dubiose Mieterhöhungen und Zahlungsverzug wegen langer Bearbeitungszeiten des Job Centers Neukölln. Trotz langjähriger Bemühungen konnte die Familie keine neue, den Richtlinien des Job Centers entsprechende Wohnung finden, so dass die Familie durch die drohende Zwangsräumung kurz davor stand obdachlos zu werden. Durch zahlreiche Aktionen und Druck auf den Bezirk konnte das Bündnis *Zwangsräumung verhindern* gemeinsam mit der Familie eine Wohnung von der

öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ erkämpfen. In der Folge erhielt die Familie eine schriftliche Zusage für eine Wohnung in der Falkstr. 22 (Rollbergviertel) von „Stadt und Land“. Durch diese Bestätigung für eine neue Wohnung konnte die Zwangsräumung vor Gericht vorerst ausgesetzt werden. Im Mai 2014 jedoch bricht die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ ihre schriftliche Zusage, eine Wohnung für Familie A. bereitzustellen, mit der Begründung, dass die Wohnung nun an Geflüchtete gehen soll. Dabei spielt „Stadt und Land“ Personen gegeneinander aus, deren Wohnungsnot ähnlich groß ist. Viele Geflüchtete brauchen ebenfalls dringend Wohnungen. Die Lebensbedingungen in Sammelunterkünften für Geflüchtete sind ähnlich menschenverachtend wie in vielen sogenannten Wohnheimen für Obdachlose. Auf engstem Raum werden die Menschen in Mehrbettzimmern untergebracht, die Wasch- und Kochmöglichkeiten sind kaum funktionsfähig, Privatsphäre gibt es nicht.

Dabei hat die Konkurrenz, die hier „Stadt und Land“ zwischen denjenigen herstellt, die am stärksten von Wohnungsnot betroffenen sind, nur eines zum Ziel: die Spaltung der Betroffenen.

„Stadt und Land“ ist jedoch als landeseigene Wohnungsbaugesellschaft dazu verpflichtet, im Rahmen des geschützten Marktsegmentes auch Wohnungen für Menschen bereitzustellen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt sonst keine finden. „Stadt und Land“ erfüllt diese Kontingente aber seit Jahren nicht und lehnt z.B. Wohnungsbewerber_innen mit Schufaeinträgen für reguläre Wohnungen konsequent ab; zudem lässt „Stadt und Land“ regelmäßig Mieter_innen zwangsräumen. Ebenso verhält es sich mit den Wohnungen, die „Stadt und Land“ für Geflüchtete zu Verfügungen stellen müsste: Im Jahr 2012 schaffte es das Unternehmen gerade einmal, fünf Prozent der vertraglich vereinbarten Wohnungen anzubieten und schneidet damit sogar noch schlechter ab als die anderen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften.

„Stadt und Land“ vermietet etwa 2.800 Wohnungen pro Jahr neu. Die Wohnungen sind also da – „Stadt und Land“ kann entscheiden, wer sie bekommt! Als zu 100 Prozent dem Land Berlin gehörende Wohnungsbaugesellschaft muss „Stadt und Land“ alle Verpflichtungen, Wohnraum zur Verfügung zu stellen, erfüllen. Dies muss für die am stärksten von

Wohnungsnot Betroffenen gelten statt für den größtmöglichen Gewinn!

Am 5.6.2014 veröffentlichte das Bündnis *Zwangsräumung verhindern* gemeinsam mit der AG Wohnungen statt Lager / Multitude e.V., dem Asylstrikte Berlin §23 Oranienplatz, dem Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg, dem Bündnis gegen Rassismus, der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen – KuB, der Stadtteil-Initiative Café Reiche, der Stadtteilinitiative 44_rund um die Hermannstraße, dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. und der Wrangelkiezinitiative gegen steigende Mieten und Verdrängung eine Erklärung, in der sie folgende Forderungen an „Stadt und Land“ stellte:

- Einhaltung der Zusage an die von Zwangsräumung bedrohte Familie A. bzgl. der Wohnung in der Falkstr. 22.
- Falls die Wohnung in der Falkstr. 22 bereits für Geflüchtete zugesagt wurde: Einhaltung der Zusage an die Geflüchteten und Vermietung einer anderen Wohnung im Rollbergviertel an diese Geflüchteten. Dafür steht im selben Haus in der Falkstr. 22 eine weitere Wohnung in ähnlicher Größe frei.
- Vermietung aller leer stehenden und frei werdenden Wohnungen im Rahmen der mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) vereinbarten Kontingente.
- Erfüllung der verpflichtenden Quoten im Rahmen des geschützten Marktsegmentes für Menschen mit Zugangsschwierigkeiten auf dem freien Wohnungsmarkt.

Nach der Veröffentlichung der Erklärung kam es im Juni zu neuen Gesprächen zwischen Familie A. und Stadt und Land. Das Unternehmen setzte weiterhin auf eine Hinhaltenaktik und erklärte, die Renovierung der Wohnung in der Falkstr. 22 habe noch gar nicht begonnen. Immerhin sah sich „Stadt und Land“ gezwungen, nun eine andere Wohnung anzubieten, die allerdings in einem Außenbezirk liegt. Auf juristischem Weg wäre es möglich gewesen, auf die Falkstr. 22 zu bestehen. Der Anwalt von Familie A. riet aber gegen ein solches Vorgehen und empfahl der Familie abermals, nicht mit politischen Initiativen zusammenzuarbeiten. Familie A. entschied sich am Ende, die von „Stadt und Land“ angebotene Alternativwohnung anzunehmen um

endlich eine Sicherheit zu haben. Die Geschichte von Familie A. zeigt, dass sich politischer Widerstand lohnt, da immerhin eine Zwangsräumung abgewendet werden und einem städtischen Wohnungsbauunternehmen eine Wohnung abgerungen werden konnte. Die Geschichte zeigt außerdem, dass Widerstand nicht die volle Wirkung erreichen kann, wenn auf politischer und juristischer Ebene nicht an einem Strang gezogen wird. Die

Geschichte zeigt aber auch, dass dies nur ein minimaler Erfolg ist und das unsoziale Verhalten städtischer Wohnungsbaugesellschaften weiter geht.

Das **Bündnis Zwangsräumung verhindern** ist ein Bündnis aus Nachbar_innen und politischen Aktivist_innen, das von zahlreichen Vereinen und Initiativen unterstützt wird. Näheres zur Arbeit des Bündnisses gibt es unter www.zwangsräumungsverhindern.blogspot.de.



Diskriminierende »Wohnfähigkeitsprüfung« von Flüchtlingen durch Stadt Potsdam vorerst ausgesetzt

Potsdam, 12. Mai 2014 – Pressemitteilung der Opferperspektive

Ende des Jahres 2013 setzte die Stadt Potsdam ein neues »Konzept zur Unterbringung in Wohnungen für asylsuchende und geduldete Personen« in Kraft. Positiv daran war, dass es für Flüchtlinge die Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften bis zu ihrem Auszug in Wohnungen reduzierte. Negativ, dass darin als Voraussetzung für ihren Umzug in eine Wohnung eine sogenannte »Prüfung zur Wohnfähigkeit« eingeführt wurde. Ein Nichtbestehen dieser Prüfung führte zu einem weiteren Verbleib in der Gemeinschaftsunterkunft.

Dieses Verfahren bewertete die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg als diskriminierend. Es wurde ein juristisches Gutachten in Auftrag geben, um die Grundrechtmäßigkeit zu prüfen. Dieses Gutachten bestätigt, dass die im Unterbringungskonzept vorgesehene sogenannte »Wohnfähigkeitsprüfung« im Sinne des Grundgesetzes diskriminierend und damit grundrechtswidrig ist. Zudem äußern die Gutachter_innen massive datenschutzrechtlichen Bedenken gegenüber dem Verfahren.

Im März 2014 wurden die Sozialdezernentin und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt über das Ergebnis des Gutachtens in Kenntnis gesetzt und aufgefordert diskriminierende Praxis umgehend einzustellen.

Die Verantwortlichen teilten nun mit, dass die Landeshauptstadt Potsdam die »Wohnfähigkeitsprüfung« von Flüchtlingen vorerst aussetzt, bis eine verwaltungsinterne rechtliche Prüfung abgeschlossen ist.

Die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg begrüßt die vorläufige Aussetzung ausdrücklich. Dies zeigt, dass die Landeshauptstadt Potsdam Bedenken ernst nimmt und die Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen durch ein diskriminierungsfreies Verfahren verwirklichen will.

Es bleibt zu wünschen, dass am Ende der Prüfung durch die Landeshauptstadt ein Ergebnis steht, welches die in dem Gutachten vorgeschlagenen Alternativvorschläge berücksichtigt.

Das Gutachten ist zu finden unter: www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de

Berlin, 01.07.2014 – Pressemitteilung

An die politischen Entscheidungsträger_innen: Sofortige Beendigung des Räumungsvorhabens!

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg fordert von den Verantwortlichen die sofortige Beendigung des Räumungsvorhabens der Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauerstraße in 10999 Berlin und den Rückzug der seit einer Woche auf Kosten aller Berliner_innen eingesetzte Polizist_innen. Insbesondere fordern wir die Einhaltung der Menschenrechte im Umgang mit den Bewohner_innen der Gerhart-Hauptmann-Schule nach den von Deutschland ratifizierten internationalen und europäischen Menschenrechtskonventionen, die seit dem 24.06.2014 von den Verantwortlichen dieser Zustände gänzlich missachtet werden.

Abschließend fordern wir die politischen Entscheidungsträger_innen in Berlin dazu auf, den Forderungen der Bewohner_innen der Gerhart-Hauptmann-Schule nach einem Aufenthalt nach §23 AufenthG umgehend nachzukommen und alles dafür Notwendige zu unternehmen oder ihnen eine realistische und dauerhafte Perspektive in Deutschland zu schaffen, einen Aufenthaltstitel zu bekommen, der die Aufnahme von Arbeit, Bildungsmöglichkeiten und menschenwürdigen, ihren Bedürfnissen angemessenen Lebens- und Wohnbedingungen sicherstellt.

Dazu gehören:

- Die umgehende **Gewährleistung der gesundheitlichen Versorgung** der Bewohner_innen der Schule, die seit einer Woche von den politischen Entscheidungsträger_innen unter völliger Missachtung von Menschenleben nicht stattgefunden hat.
- Die **Respektierung der Religionsausübung**. Einige der Bewohner_innen der Gerhart-Hauptmann-Schule sind Muslime. Am 28.06.2014 hat der Fastenmonat Ramadan begonnen. Die Einhaltung bestimmter Rituale unter bestimmten Voraussetzungen ist von enormer Bedeutung. Dazu gehört u.a. der Kontakt zu islamischen Geistlichen, denen bislang kein Zugang zu der Gerhart-Hauptmann-Schule gewährt wurde, und der Zugang zu Lebensmitteln, die halal sind.
- Der **Einlass der Presse!** Die Bewohner_innen um die Gerhart-Hauptmann-Schule werden seit einer Woche in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt. Die Verhandlungen erfolgen nach Gutdünken der Entscheidungsträger_innen und diese entscheiden auch, welche Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf vollumfängliche Informationen über die Geschehnisse. Alles andere ist ein Verstoß gegen die Pressefreiheit!
- Der **Einlass von neutralen Menschenrechtsbeobachter_innen**. Die Entscheidungsträger_innen verweigern jeglichen persönlichen Kontakt von Menschenrechtsbeobachter_innen mit den Bewohner_innen der Gerhart-Hauptmann-Schule vor Ort.
- Abschließend fordern wir die politischen Entscheidungsträger_innen in Berlin dazu auf, den Forderungen der Bewohner_innen der Gerhart-Hauptmann-Schule und mehreren Tausenden Berliner_innen (wie die Demonstration am 28.06.2014 in Berlin gezeigt hat) nach einem **Aufenthalt nach §23 AufenthG** umgehend nachzukommen! Die politischen Entscheidungsträger_innen sollten alles dafür Notwendige unternehmen.